https://pleiteticker.de/lambrecht-nachfolge-entschieden-pistorius-neuer-verteidigungsminister/ 17.1.2023

Lambrecht-Nachfolge entschieden: Pistorius neuer Verteidigungsminister

….Die Lambrecht-Nachfolge ist entschieden: Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius soll neuer Verteidigungsminister werden. Das berichtet der Spiegel. Der Sozialdemokrat soll schnell in den Bendlerblock einziehen. Seit fast neun Jahren ist er Innenminister in Hannover. Daher wurde er eigentlich als Nachfolger von Bundesinnenministerin Faeser (SPD) gehandelt, die wahrscheinlich in die hessische Landespolitik wechseln wird.

Die Wahl von Pistorius für das Amt überrascht, er galt nicht als Favorit für den Job. Aber er ist nicht die schlechteste Wahl: Der Jurist hat seinen Wehrdienst geleistet. Niedersachsen ist einer der wichtigsten Truppenstandorte der Bundesrepublik, und als altgedienter Innenminister wird Pistorius zumindest ein besseres Verhältnis zu Uniformträgern nachgesagt, als Lambrecht es hatte. Aber auch eine Weiterführung seines Kampfes „gegen Rechts", den er als Innenminister gerne führte, könnte die Truppe erwarten.

Bundeskanzler Olaf Scholz will Pistorius am Mittag offiziell als Nachfolger von Christine Lambrecht bekanntgeben.

https://pleiteticker.de/verfassungsrechtler-scholz-ampel-wahlrechtsreform-klar-verfassungswidrig/ 16.1.2023

Verfassungsrechtler Scholz: Ampel-Wahlrechtsreform „klar verfassungswidrig"

…..Der Verfassungsrechtler und frühere Bundesverteidigungsminister, Rupert Scholz (CDU) hält den vorgelegten Entwurf für ein neues Wahlrecht für „klar verfassungswidrig". Gegenüber pleiteticker.de sagte Scholz: „der Entwurf verstößt gegen die Grundsätze der Freien, gleichen und unmittelbaren Wahl. Die Gleichheit der Wahl ist nicht gegeben, wenn der Gewinner eines Wahlkreises hinterher doch kein Mandat erhält. Gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit wird verstoßen, wenn zwischen den Sieg in einem Wahlkreis und das Mandat ein dritter Faktor zwischengeschaltet wird, wie diese durch das zusätzliche Abstellen auf das Ergebnis der Zweitstimmenwahl geschieht. Ich sehe da keinen Spielraum für die Richter in Karlsruhe. Der Entwurf ist in meinen Augen nicht vereinbar mit dem Grundgesetz."

Die geplante Wahlrechtsreform der Ampel ist hochumstritten: Wahlkreisgewinner können demnächst aus dem Bundestag fliegen. Die Erst- und Zweitstimme sollen abgeschafft werden, stattdessen soll es eine Haupt- und eine Wahlkreisstimme geben. Um Überhangsmandate zu verhindern, soll künftig das sogenannte Prinzip der Hauptstimmendeckung

gelten. Folglich dürfen nicht mehr Wahlkreisgewinner in den Bundestag einziehen, als der Partei nach Hauptstimmen zustehen. Künftig wird es also Wahlkreise geben, die nicht mehr von einem Abgeordneten direkt vertreten sind. in Bayern etwa wird jeder fünfte Wahlkreis wohl bald keinen direkten Vertreter mehr im Bundestag haben.

https://www.bild.de/auto/auto-news/auto-news/eu-plant-fuehrerschein-reform-pruefung-bald-im-simulator-82540840.bild.html 13.1.2023

EU plant Führerschein-ReformFahrprüfung bald im Simulator?

Die EU will 2023 die Führerschein-Regeln europaweit vereinheitlichen, strickt deshalb gerade an der sogenannten 4. Führerscheinrichtlinie. Der ADAC veröffentlichte jetzt spannende Infos, was sich alles ändern könnte. Und das ist einiges! ……..

Lkw- und Bus-Führerschein: Mindestalter auf 18 senken

Das Mindestalter für Lkw- oder Bus-Führerscheine könnte auf 18 Jahre herabgesetzt werden. In Deutschland kann die Klasse C für Lkw momentan erst mit 21 Jahren, die Klasse D für Busse erst mit 24 Jahren erworben werden. Hintergrund der geplanten Änderung ist der akute Mangel an Lkw-Fahrern.

Digitaler Führerschein und QR-Code

Mit der kommenden Führerscheinrichtlinie soll auch der digitale Führerschein eine zweite Chance bekommen: Ziel ist es, dass bei einer Polizeikontrolle oder bei der Autovermietung die entsprechende App auf dem Smartphone reicht.

Für die Führerscheinscheckkarte ist außerdem ein QR-Code anstelle des heutigen Chips angedacht, um ihn fälschungssicherer zu machen.

▶️ Das könnte sich für Fahrschüler ändern

Bislang ist es nicht möglich, theoretische und praktische Führerscheinprüfung in unterschiedlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu absolvieren. Um der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung Rechnung zu tragen, soll das künftig erlaubt sein. Die bisherige Wohnsitzregelung müsste dafür vereinfacht werden.

Es wird außerdem darüber diskutiert, ob man mit der praktischen Ausbildung erst nach erfolgreicher theoretischer Prüfung beginnen darf. Außerdem könnte die Fahrprüfung zukünftig zumindest teilweise in Simulatoren abgenommen werden.

Ein verpflichtender Auffrischungskurs nach einem Jahr Führerscheinbesitz soll dazu beitragen, die Unfallzahlen zu senken. Verkehrssicherheits-Experten hatten diese Maßnahme empfohlen. …..

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/steuergeld-sauerei-enthuellt-linke-journalisten-sahnten-auf-berliner-immo-markt-82554158.bild.html 14.1.2023

Linke Journalisten sahnten auf Berliner Immo-Markt ab

In den Medien beklagten sie „öffentliches Versagen und private Gier" – privat aber nutzten sie die Unfähigkeit der Berliner Verwaltung schamlos aus, um sich selbst die Taschen vollzustopfen und die Portemonnaies ihrer Mieter auszuquetschen!

Gut vernetzte Journalisten mehrerer linker Zeitungen kassierten staatliche Gelder in Millionenhöhe für ein Mehrfamilien-Haus und gaben an, selbst dort einzuziehen – stattdessen vermieteten sie die Wohnungen unter der Hand und verlangten dafür zu viel Geld. Jetzt soll das Haus verkauft werden – zu einem vielfachen des Kaufpreises.

Bei dem sanierungsbedürftigen Mietshaus in der Berliner Oranienstraße witterten einige Journalisten den großen Reibach: Sie waren im Laufe der Jahre bei der „Süddeutschen Zeitung", der „taz", „Zeit", der „Berliner Zeitung" und beim „Spiegel" angestellt.

Die Journalisten kauften das Haus Anfang der 1990er-Jahre für 1,2 Millionen Mark (umgerechnet etwa 600 000 Euro). In den Folgejahren bekamen sie staatliche Zuschüsse in Höhe von über 3,4 Millionen Mark dazu.

Der Plan: Sie wollten das Haus kaufen und mithilfe von staatlichen Geldern die Wohnungen sanieren.

Der Haken: Es gab Bedingungen für die Förderung – Mieter sollten nach der Sanierung zurückkehren, die Mieten wurden gedeckelt, die Behörden sollten frei gewordene Wohnungen an besonders Bedürftige vermitteln. Empfänger der Förderung sollten sogenannte „Selbsthilfegruppen" sein – mindestens fünf Eigentümer des Hauses mussten in dem Haus selbst wohnen, sollten sozialen Wohnungsraum fördern.

Offiziell sicherten die Journalisten all das zu. Die zuständigen Behörden genehmigten die Mega-Förderung – bis zu 85 Prozent der Sanierungskosten!

Doch nach Ende der Sanierung kommt es anders: Nur drei statt fünf der Eigentümer ziehen in das Haus, nutzen dafür aber knapp die Hälfte des Wohnraums. Das Rückkehrrecht in ihre Wohnungen nehmen nicht alle Mieter wahr. Versprochene Gemeinschaftsräume entstehen nicht, dafür ein Edel-Italiener.

Auch bei der Meldepflicht für freigewordene Wohnungen halten sich die Hausbesitzer nicht an die Absprachen. Stattdessen werden Wohnungen unter der Hand vermietet.

Eine Mieterin sagt dem „Spiegel", sie habe einen „Mietaufschlag" wegen der Sanierung zahlen müssen. Danach zahlte sie fast das Doppelte! Den Aufschlag sollte sie teilweise auf das Privatkonto des Vermieters zahlen.

Dreist: Ein anderer Mieter erzählt, er habe nur einen „mündlichen Mietvertrag" bekommen, Nebenkosten seien teilweise in bar zu bezahlen gewesen. Nachdem er 10 000 Mark für „Nebenkosten" wie die Eingangstür abgestottert hatte, wurde seine Miete um 80 Prozent erhöht. ……

Seit 2020 ist den Mietern bekannt, dass die Vermieter das Haus verkaufen wollen.

Nach Spiegel-Schätzung ist die Immobilie heute etwa 12 Millionen Euro wert! Das entspricht etwa dem zwanzigfachen des Preises, zu dem die Journalisten das Haus erworben haben.